

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1992)

Heft: 3

Artikel: Ein Papiertiger?

Autor: Brunner, Conrad U.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586378>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Papiertiger?

Noch acht Jahre gilt der Baustopp für AKW (Moratorium). Seit zwei Jahren läuft das Aktionsprogramm "Energie 2000", das zum Ziel hat bis ins Jahr 2000 den Energieverbrauch in der Schweiz zu stabilisieren. Die SES hat jahrelang für eine menschen- und umweltverträglichen Energieversorgung und -nutzung gekämpft. Sind wir jetzt einen Schritt weiter?

Der Bundesrat hat nach der Annahme der Moratoriumsinitiative (es dürfen keine weiteren AKW bis ins Jahr 2000 gebaut werden) Ende 1990 rasch gehandelt und das Aktionsprogramm "Energie 2000" lanciert. Anfang 1991 hat er vier Aktionsgruppen ("Treibstoffe", "Brennstoffe", "Elektrizität" und "Regenerierbare Energien") auf den Weg geschickt und mit der Verordnung im Mai 1991 den Energienutzungsbeschluss ENB umgesetzt.

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke hat sich heimlich darüber gefreut, dass eine 10% Leistungserhöhung der AKW ins Aktionsprogramm geschmuggelt wurde. Der junge Energiefrie-

wurde dadurch strapaziert, weil die Umweltorganisationen übergangen wurden.

Die Konsumentenorganisationen haben die rasche Einführung von konkreten Verbrauchsstandards verlangt, die im ENB beschlossen wurden. Die Gerätehersteller konnten sich nur zu kleinen Verbesserungen des Stromverbrauchs durchringen. Die Autoimporteure haben nur geringste Verminderungen des Benzinverbrauchs der neuen Personenwagen zugestanden.

Die Umweltorganisationen - die SES als Koordinatorin der Energiethemen - haben neue Ideen entwickelt, die Entwicklung und Vermehrung der "Energistädte" zusammen mit dem WWF gefördert, in Konfliktlösungsgruppen zusammen mit Greenpeace und den Ärzten für Soziale Verantwortung an Lösungen für die Entsorgung von radioaktiven Abfällen mitgearbeitet und auf konkrete Veränderungen hin ihre Kräfte gesammelt.

Ein Stier ohne Hörner?

Bundesrat Adolf Ogi weiss, dass zum Moratorium (so steht's schwarz auf weiss im EGES-Bericht von 1988) mindestens drei Dinge gehören: eine Energieabgabe auf allen Energieträgern, Grenzkostentarife für leitungsgebundene Energien und konkrete Verbrauchsstandards für Geräte, Anlagen und Fahrzeuge.

Der Energiefrie: Ein fauler Friede? Haben die SES und die übrigen Umweltorganisationen damit ihre alte Kampfposition aufgegeben? Haben wir uns in einen faulen Zauber einwickeln lassen? Haben unsere alten Gegner nur auf Zeit gespielt, um die Verhandlungen bis 1999 in die Länge zu ziehen und uns dann zu zeigen: "Seht, es hat nichts gebracht, wir brauchen die Atomkraft wieder". Energiefrie heisst für uns: das Gemeinsame realisieren, das Trennende entwickeln ohne sich dadurch blockieren zu lassen. Energiefrie heisst



auch, die eigenen Positionen zu überdenken und sie in neue Kontexte einzubauen. Aber Energiefrie heisst nicht, unsere Prinzipien verlassen oder auf Volksrechte verzichten.

Ich bin nicht so pessimistisch, aber auch nicht ganz optimistisch. Allen in der Begleitgruppe "Energie 2000" versammelten Organisationen und MitstreiterInnen ist heute klar, dass ein erneuter Energiekrieg - wenn der Energiefrie bräche - schlimmer wird als vorher. Nicht die Angst vor neuen Besetzungen à la Kaiser-augst und neuen Antiatominitiativen setzen die Verhandlungsgrenze heute, sondern die Macht der spürbar veränderten Volksmeinung: Die hohe Zustimmung zum Energieartikel, die Annahme des Moratoriums und die Annahme des Gewässerschutzgesetzes gegen massiven Widerstand der interessierten Elektrowirtschaft dokumentieren deutlich, dass die Bevölkerungsmehrheit heute nicht mehr neue Energieproduktionsanlagen will, sondern effiziente Energienutzung und eine intakte Umwelt.

Der Appell aus Rio, dass die Reichen bescheidener werden müssen, - nur Worte vorläufig - ist in der Schweiz, interessanterweise auch in vielen Direktionsetagen gelandet. Von hier kommt heute der Ruf nach "Nachhaltiger Entwicklung" und nach "Marktwirtschaftlichen Instrumenten", "Lenkungsabgaben", etc.



Für die Elektrowirtschaft bietet der "Energiefriede" eine Chance: Aus dem Loch des Bölima hinaus zu steigen und in die Position einer wichtigen und notwendigen öffentlichen Institution mit einem klar definierten Versorgungsauftrag zum Wohl unserer Gemeinschaft zu gelangen.

Farbe bekennen!

Unsere Botschaft an Bundesrat Adolf Ogi heisst darum klar: "Farbe bekennen!" Jetzt braucht der Stier Hörner: die harmonisierten Tarife für Elektrizität, Gas und Fernwärme können bereits ab 1993 Chancengleichheit für Produzenten und Konsumenten ermöglichen. Die Verbrauchsstandards müssen 1994 endlich in Kraft treten. Die Energieabgabe soll für Treibstoffe, Brennstoffe und Elektrizität ab 1995 funktionieren.

Und die Altlasten der reinen Angebotspolitik, die sich in Leistungserhöhungen der alten AKW und in neuen Pumpspeicher-Superkraftwerken in den Alpen geäussert haben, müssen jetzt endlich begraben werden. Wenn sicherheitstechnisch unbefriedigende Altanlagen wie Mühleberg jetzt - warum jetzt erst? - eine unbefristete Betriebsbewilligung erhalten sollen und zudem noch für die 10% Leistungserhöhung 15% Sicherheitsrabatt erhalten, beweist dies, dass die nach dem 23. September 1990, der Annahme der Moratoriumsinitiative, fällige Wende im Denken noch nicht eingetreten ist.

Der Bundesrat hat in der Botschaft zum Moratorium am 12. April 1989 in der Übersicht folgenden wichtigen Satz geschrieben: "Ein verfassungsmässig festgeschriebenes Moratorium würde die Offenhaltung der Kernenergieoption gefährden und die Flexibilität der Energiepolitik beeinträchtigen." Durch die Annahme des Moratoriums gilt es nun, diese neue Politik umzusetzen und durch Verbrauchlenkungsmaßnahmen die Flexibilität zurückzugewinnen.

Das sind auch unsere Ziele: nachhaltige Entwicklung, Stabilisierung des Energieverbrauchs bis 2000,



die darauf folgende Senkung auf ein verträgliches Niveau ohne Atomkraft und mit viel weniger fossiler Energie. Dazu können wir stehen: die sichere Energieversorgung und die sichere Lagerung des radioaktiven Abfalls. Aber wir fordern: eine Politik, die unserer Nachkommen würdig ist, die eine Neue Bescheidenheit zum Thema hat und nicht in die alte Angebotspolitik zurück verfällt.

Diese Politik braucht noch etwas Phantasie und ziemlich viel Geld: Geld für die Finanzierung der Aktionsgruppen, für den Aufbau einer einheimischen Solarindustrie, die hoffnungsvoll ins nächste Jahrtausend blicken kann und für die Umsetzung der tausend Ideen der effizienten Energienutzung. Geld, das zuerst mit einer unangenehmen Energieabgabe beschafft werden muss. Und Phantasie: weil bisher in den Chefetagen der Elektrizitätswirtschaft die Einsparung der Leistungserhöhung der AKW durch die effiziente Energienutzung nur als "verantwortungsloses Geschwätz" tituliert wurde.

Und wir brauchen einen langen Schnauf: Weder die kurzfristige Hoffnung, dass mit "Energie 2000" alles bereits bestens läuft und wir uns zur Ruhe setzen können, noch die deprimierte Verzweiflung, dass alles nichts nützt. Wir werden nicht nur die nächsten acht Jahre am Ball bleiben müssen sondern noch viel länger.

Conrad u. Brunner*

* Der Autor ist Präsident der Schweizerischen Energie-Stiftung SES und Energieplaner in Zürich